

# Die Propagandamaschine der EU

## Neuer Bericht darüber, wie die EU NGOs finanziert, um Eigenwerbung zu betreiben und für «mehr Europa» zu lobbyieren

von Thomas Fazi\*



Thomas Fazi. (Bild <https://unherd.com>)

(CH-S) Der unabhängige Journalist Thomas Fazi arbeitet sich durch den Dschungel an EU-finanzierten «Nichtregierungsorganisationen» (NGOs) hindurch, um schliesslich feststellen zu müssen, dass die EU mit Steuermitteln Propaganda in eigener Sache betreibt, oft auch im Widerspruch zu den Interessen der betroffenen EU-Staaten selbst.

Fazis Beitrag ist auch für die Schweiz nicht uninteressant, die doch immer stärker in das Fadenkreuz der EU gerät und in der verschiedene Lobbyorganisationen seit Jahren gezielt die Annäherung an Brüssel vorantreiben.

\*\*\*

Ich habe gerade einen neuen Bericht über den Think Tank «MCC Brussels» veröffentlicht,<sup>1</sup> in dem ich den EU-NGO-Propagandakomplex untersuche und darlege, wie die Europäische Union in den letzten Jahren ihre Haushaltsbefugnisse zunehmend als Mittel zur Förderung – oder Erzwingung – der Einhaltung ihrer sogenannten «Werte» eingesetzt hat, insbesondere in Mitgliedstaaten, deren Regierungen als widerständig oder nicht mit der politischen Agenda der EU übereinstimmend angesehen werden. Die öffentliche Debatte konzentrierte sich bisher vor allem auf die Entwicklung von Mechanismen wie der *Rechtsstaatlichkeits-Verordnung* (die 2020 eingeführt wurde), die die Auszahlung von EU-Geldern an die Einhaltung der «Rechtsstaatlichkeit» in den Mitgliedstaaten bindet – wie sie von Brüssel definiert wird, versteht sich.

Der Bericht hebt jedoch einen noch beunruhigenderen und weniger hinterfragten Trend hervor: Die proaktive Nutzung des EU-Haushalts

durch die *Europäische Kommission*, um ihre Agenda für «Rechte und Werte» durch eine Vielzahl von «werteorientierten politischen Instrumenten» voranzutreiben. Diese reichen von Medienkampagnen, sowohl online als auch offline, bis hin zu zahlreichen Projekten, die darauf abzielen, «die Werte der EU zu fördern» und «die Europäische Union ihren Bürgern näher zu bringen». Während diese Programme als Bemühungen zur Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte dargestellt werden, zeigt sich bei näherer Betrachtung, dass öffentliche Gelder verwendet werden, um eine politische Agenda voranzutreiben, oft auf Kosten der Souveränität und der demokratischen Prozesse der Mitgliedstaaten.

Eines der bedeutendsten Beispiele ist das Programm «Bürger, Gleichheit, Rechte und Werte» (CERV), das grosse Mengen an Finanzmitteln an Organisationen der Zivilgesellschaft, einschliesslich *Nichtregierungsorganisationen* (NGO) und Think Tanks, weiterleitet. Viele der über dieses Programm finanzierten Projekte unterstützen lobenswerte und sinnvolle Anliegen. Es gibt jedoch auch viele Beispiele dafür, dass diese Mittel nicht nur dazu verwendet werden, einen hochgradig politisierten Ansatz in Bezug auf die erklärten Werte der EU zu fördern, was besonders in den Fällen bedenklich ist, in denen diese Werte nicht mit den nationalen kulturellen Empfindlichkeiten übereinstimmen, sondern auch, um die EU selbst und das Prinzip der supranationalen Integration an sich zu verteidigen. Hier sind nur einige Beispiele:

- *RevivEU*, ein von verschiedenen europäischen Think Tanks durchgeführtes Projekt, das darauf abzielt, «die von den autokratischen Eliten bereits verbreiteten euroskeptischen Narrative zu bekämpfen» und «die Attraktivität der EU in den Köpfen der V4-Bürger wiederzubeleben». Budget: 645 000 Euro (2023–2024).

- *Blue4EU*, ein von der *Bages-Bolyai*-Universität in Rumänien koordiniertes Projekt, das «das kritische Denken

\* Thomas Fazi ist Kolumnist bei *UnHerd*, Buchautor und Übersetzer. Seine Artikel erscheinen in zahlreichen online und gedruckten Medien. Er lebt meistens in Rom, Italien.

und die Widerstandsfähigkeit junger Menschen gegenüber den aktuellen extremistischen und EU-feindlichen Bewegungen» stärken und sie dazu bringen soll, «sich für eine europäische Zukunft einzusetzen». Budget: 375 300 Euro (2024–2026).

- *EU TURN 2025*, ein von der *Europäischen Akademie Berlin* durchgeführtes Projekt zur «Entnationalisierung des europäischen Engagements». Budget: 415 000 Euro (2025).

- *Hold on to Europe* ist ein Projekt, das von der tschechischen Gemeinde Ratiskovice in Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden in Frankreich, der Slowakei und Kroatien koordiniert wird und darauf abzielt, «das Interesse der Bürger an Europa (an der EU) und ihr Bewusstsein für die Notwendigkeit einer weiteren Integration in die EU zu stärken». Budget: 27 500 Euro (2023).

- *Plattform zur Bekämpfung des Euroskeptizismus*, ein Projekt, das von mehreren Gemeinden in Rumänien, Serbien, Polen, Tschechien und der Slowakei durchgeführt wird, um dem Euroskeptizismus entgegenzuwirken. Budget: 21 000 Euro (2022).

Viele der begünstigten Organisationen setzen sich ausdrücklich für den europäischen Föderalismus oder die europäische Integration ein und stimmen mit den politischen Zielen der Kommission überein.

- *Freunde Europas* Dieser Think Tank hat für den Zeitraum 2024–2024 mehr als 15 Millionen Euro erhalten. Darin enthalten sind 350 000 Euro für ein einziges Projekt, das darauf abzielt, die Sichtbarkeit der «Werte und Möglichkeiten» der EU auf lokaler und nationaler Ebene zu verbessern. Durch die aktive Förderung des Narrativs der EU in verschiedenen Regionen ist das Projekt ein Beispiel für die Bemühungen der Kommission, die öffentliche Meinung zugunsten der Politik und der Prioritäten der Union zu beeinflussen.

- *Europäisches Jugendforum* Die in Brüssel ansässige Organisation, die sich rühmt, «die grösste regionale Jugendplattform der Welt» zu sein, sagt, dass eines ihrer Hauptziele darin besteht, «die europäische Integration



Die EU agitiert über NGOs gegen ihre Mitgliedsstaaten, wenn diese nicht auf «Linie» sind – nicht zuletzt mit Steuergeldern. (Bild zvg)

zu vertiefen». Seit 2014 hat sie fast 40 Millionen Euro erhalten.

- *Robert-Schuman-Stiftung* Die Stiftung, eine EU-freundliche französische Denkfabrik, die mit der *Europäischen Volkspartei* (EVP) verbunden ist, erhielt von 2014 bis 2025 fast 10 Millionen Euro. Darin enthalten sind 1,2 Millionen Euro für die Bekämpfung der «euroskeptischen und nationalpopulistischen Mythologie» und 1,6 Millionen Euro für routinemässige Lobbyarbeit unter dem Banner des Projekts «Pour l'Europe» («Für Europa») im Zeitraum 2022–2025.

- *Europäisches Politikzentrum (EPC)* Das EPC ist ein belgischer Think Tank, der sich der «Förderung der europäischen Integration widmet» und in den letzten zehn Jahren fast 30 Millionen Euro erhalten hat. Das Engagement des EPC steht in direktem Zusammenhang mit den Prioritäten der Kommission, was zeigt, wie öffentliche Gelder in Organisationen fließen, die eine integrationsorientierte Politik fördern.

Der Bericht argumentiert, dass diese Bemühungen auf «Propaganda durch Stellvertreter» hinauslaufen, wobei die Kommission NGO und Denkfabriken finanziert, um für ihre Politik und Ziele einzutreten – und sogar in ihrem Namen Lobbyarbeit zu betreiben – und so die Grenze zwischen unabhängiger Zivilgesellschaft und institutioneller Interessenvertretung verwischt.

Diese Form der verdeckten Propaganda kann mit der Art und Weise verglichen werden, wie die US-Regierung über Organisationen wie USAID Finanzmittel an NGO auf der ganzen Welt leitet, um ihre geopolitischen Interessen voranzutreiben – eine Praxis, die nach dem Einfrieren der Auslandshilfe durch Trump grosse Aufmerksamkeit erregt hat.

Durch die Verstärkung von Pro-EU-Stimmen und die Marginalisierung abweichender Perspektiven konsolidiert diese Strategie integrationsfreundliche Narrative, während alternative Standpunkte diskreditiert oder unterdrückt werden. Infolgedessen werden die EU-Finanzierungsmechanismen und die NGOs selbst zu Instrumenten der institutionellen Propaganda, die auf die Förderung einer vertieften supranationalen Integration abzielen – eine Vision, die nicht nur keine einstimmige Unterstützung in ganz Europa findet, sondern auch auf wachsenden Widerstand bei den Bürgern stösst.

Wie in dem Bericht dargelegt wird, stellt dies eine grundlegende Umkehrung des angeblichen Wesens und der Rolle von «Nichtregierungsorganisationen» dar: Anstatt die Bestrebungen der Zivilgesellschaft an die politischen Entscheidungsträger heranzutragen, fungieren diese vermeintlichen NRO als Kanäle, um die Ideen und Perspektiven der politischen Entscheidungsträger an die Zivilgesellschaft weiterzugeben – in diesem Fall insbesondere die der *Europäischen Kommission*, von der sie in hohem Masse (wenn auch in einigen Fällen nicht vollständig) abhängig sind, was ihre Finanzierung angeht. Sie werden praktisch zu Trägern der institutionellen Propaganda oder «Selbstlobbying» umfunktioniert.

Der EU-NGO-Komplex steht im Zusammenhang mit der so genannten *Theorie des Eisernen Dreiecks*, die besagt, dass die Politik im Wesentlichen auf einer gegenseitig vorteilhaften Beziehung zwischen drei Hauptakteuren in der Politikgestaltung beruht: bürokratischen Agenturen (Regierungsinstitutionen, die für die Umsetzung der Politik verantwortlich sind), gesetzgebenden Ausschüssen oder Politikern (die die Politik gestalten und die Finanzierung kontrollieren) und Interessengruppen (wie NGO, Lobbyisten oder private Unternehmen).

Diese drei Einheiten bilden einen sich selbst verstärkenden Kreislauf, in dem jede von der anderen profitiert, oft auf Kosten einer breiteren demokratischen Rechenschaftspflicht oder des öffentlichen Interesses. Bürokratische Einrichtungen erhalten Finanzmittel und Legitimität, Gesetzgeber erhalten politische Unterstützung oder Rückhalt bei Wahlen, und Interessengruppen sichern sich politische Massnahmen oder Finanzmittel, die ihren Zielen entsprechen, anstatt echtes bürgerschaftliches Engagement zu fördern.

Die finanzielle Unterstützung der Europäischen Kommission für NGOs, die mit den politischen Zielen der EU übereinstimmen, ist ein Bei-

spiel für dieses Konzept. Die Europäische Kommission spielt als bürokratischer Arm dieses Dreiecks eine zentrale Rolle. Sie vergibt Finanzmittel an NGOs im Rahmen verschiedener Programme, die auf Themen wie Menschenrechte, Klimaschutz, Migration und Rechtsstaatlichkeit abzielen – oder in den meisten Fällen die EU selbst fördern. Diese Gelder werden oft an Organisationen weitergeleitet, die EU-Politiken umsetzen oder für EU-Narrative eintreten.

Durch die strategische Finanzierung von NGOs, die mit ihren Prioritäten übereinstimmen, baut die Kommission ein Netzwerk von Organisationen auf, die ihre Politik legitimieren und fördern. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass die Ziele der EU von «unabhängigen» Akteuren unterstützt werden, was den Anschein einer unparteiischen Unterstützung für ihre Initiativen erweckt.

Die Gesetzgeber, einschliesslich der Mitglieder des Europäischen Parlaments und der nationalen politischen Entscheidungsträger, nutzen die Aktivitäten der NGOs als Beweis für die «zivilgesellschaftliche Unterstützung» der EU-Politik. Diese Politiker befürworten oder erweitern oft Finanzierungsprogramme unter dem Vorwand, Initiativen an der Basis zu unterstützen, obwohl viele der Empfängerorganisationen in hohem Masse von EU-Mitteln und nicht von echten öffentlichen Beiträgen abhängig sind. Dieser gut finanzierte NGO-Sektor schafft eine Rückkopplungsschleife, in der die Gesetzgeber NGO-Berichte und Lobbyarbeit als unabhängige Bestätigung der EU-Politik anführen. In Wirklichkeit spiegeln diese Organisationen oft die Prioritäten der Institutionen wider, die sie finanzieren, was die Authentizität ihrer angeblichen Unabhängigkeit untergräbt.

Besorgniserregend ist, dass diese Initiativen oft über reine Lobbyarbeit hinausgehen und sich in die Innenpolitik der Mitgliedstaaten einmischen. Wenn sie auf Regierungen abzielen, die der EU-Politik kritisch gegenüberstehen, können solche Bemühungen zu Mechanismen werden, um demokratisch gewählte Regierungen zu untergraben oder sogar zu versuchen, sie zu stürzen. Dies stellt eine eklatante Form der «ausländischen Einmischung» in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten dar, oft durch lokale NGOs, die als Vehikel für den Einfluss der EU fungieren – eine weitere auffällige Parallele zu den Aktivitäten von USAID.

Der Bericht versucht, den ersten umfassenden Überblick über das zu geben, was man als «EU-NGO-Propagandakomplex» bezeichnen kann – eine ausufernde Maschinerie, die ausserhalb ei-

ner sinnvollen demokratischen Kontrolle agiert und den Europäern weitgehend unbekannt ist. Insbesondere wird untersucht, wie Haushaltsinstrumente wie das CERV-Programm nicht nur zur Lösung von Problemen der Regierungsführung, sondern auch zur Förderung der politischen Vision der EU eingesetzt werden.

Die systematische Nutzung von NGOs durch die Europäische Kommission als Mittel zur Förderung ihrer politischen Ziele stellt eine doppelte Gefahr dar. Einerseits untergräbt sie die Demokratie, indem sie die öffentliche Debatte verzerrt und abweichende Stimmen marginalisiert, während sie unter dem Deckmantel des «zivilgesellschaftlichen Engagements» eine einseitige Agenda fördert. Durch den Einsatz ihrer Haushaltsmittel hat die EU die Organisationen der Zivilgesellschaft effektiv zu Waffen gemacht und sie unter dem Vorwand, gemeinsame «Werte» wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zu fördern, zu Instrumenten der institutionellen Propaganda gemacht.

Indem sie sich selbst als ultimative Schiedsrichterin der Werte positioniert hat, hat sich die EU über die demokratische Rechenschaftspflicht gestellt und ihre finanziellen und institutionellen Ressourcen genutzt, um einem Kontinent, der von unterschiedlichen Geschichten, Kulturen und politischen Systemen geprägt ist, eine einzigartige Vision von *Gouvernance* und Integration aufzuzwingen.

Anstatt einen echten Pluralismus zu fördern, hat die EU mit ihrem Ansatz ein technokratisches Modell von oben nach unten gefördert, das der Konformität mit der eigenen Agenda Vorrang vor der Achtung des Willens der Menschen in den einzelnen Mitgliedstaaten einräumt. Darüber hinaus beschränkt sich die Kommission, wie wir gesehen haben, nicht darauf, einen hochgradig politisierten Ansatz für die erklärten Wer-

te der EU zu fördern, sondern nutzt auch Organisationen der Zivilgesellschaft, um die EU selbst und das Prinzip der supranationalen Integration zu fördern – und das alles auf Kosten der Steuerzahler. Ich bezeichne diesen Ansatz als «Propaganda durch Stellvertreter».

Unter dem Deckmantel der Förderung von Werten und der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit werden diese Haushaltsinstrumente als Waffe eingesetzt, um abweichende Meinungen zum Schweigen zu bringen und die Autorität der EU zu festigen, was Anlass zu ernster Besorgnis über den beunruhigenden demokratischen Rückschritt in ganz Europa gibt, der zum grossen Teil von der EU selbst vorangetrieben wird.

Dies offenbart einen breiteren und zutiefst beunruhigenden Trend zu antidemokratischer Regierungsführung innerhalb der EU. Dies ist kein isoliertes Phänomen, sondern Teil einer kalkulierten Strategie zur Zentralisierung der Macht innerhalb der supranationalen Institutionen, insbesondere der Europäischen Kommission, auf Kosten der Souveränität und der demokratischen Prozesse in den Mitgliedstaaten, wie ich in früheren Berichten dargelegt habe.<sup>2</sup>

Andererseits gefährdet die systematische Nutzung von NGOs durch die EU als Instrumente zur Förderung ihrer Agenda die Glaubwürdigkeit und die Arbeit echter NGOs, die kritische Dienste und Lobbyarbeit leisten, da diese Organisationen riskieren, in die unvermeidliche Gegenreaktion gegen den EU-NGO-Komplex hineingezogen zu werden.

Quelle: <https://www.thomasfazi.com/p/the-eus-propaganda-machine>, 17. Februar 2025

(Übersetzung «Schweizer Standpunkt»)

<sup>1</sup> <https://brussels.mcc.hu/publication/the-eus-propaganda-machine-how-the-eu-funds-ngos-to-promote-itself>

<sup>2</sup> [https://www.thomasfazi.com/p/the-silent-coup-the-european-commissions?utm\\_source=publication-search](https://www.thomasfazi.com/p/the-silent-coup-the-european-commissions?utm_source=publication-search)